

**HLAVAC** Elisabeth, Dr., Bundesbeamtin, Wien

Partei: Sozialdemokratische Partei Österreichs

Wahlkreis 9F (Wien Nord-West)

Eintritt in den Nationalrat und  
Angelobung **1 5**

**Gewählt** in folgende Ausschüsse bzw. Unterausschüsse:

Unterausschuß des Außenpolitischen Ausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Bericht des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten betreffend  
Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 1996 bis 1998  
(III-36 d.B.)

Antrag der Abgeordneten Hans Helmut Moser, MMag. Dr. Madeleine Petrovic und  
Genossen betreffend Bericht des Unterausschusses Entwicklungspolitik zur  
finanzgesetzlichen Absicherung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (94/A(E))  
(Mitglied) am 02.07.1996

Dem Unterausschuß wurde am 26.11.1997 noch die Vorbehandlung folgender  
Verhandlungsgegenstände übertragen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Gredler und Genossen betreffend Militär- und  
Rüstungsausgaben in den Entwicklungsländern als Kriterium der österreichischen  
Entwicklungszusammenarbeit (538/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend  
Verlängerung der Österreichischen Nationalinitiative Wald - Dritte Welt *aus Anlaß des  
fünfjährigen Jubiläums der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung* (432/A(E))

Dem Unterausschuß wurde am 20.10.1998 noch die Vorbehandlung des folgenden  
Verhandlungsgegenstandes übertragen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Alfred Gusenbauer, Dr. Gottfried Feurstein, Mag.  
Doris Kammerlander, Hans Helmut Moser und Genossen betreffend die  
Verhandlungen über ein Multilaterales Investitionsschutzabkommen (MAI) (919/A(E))

Außenpolitischer Ausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Unterausschuß des Gleichbehandlungsausschusses zur Vorbehandlung folgender  
Verhandlungsgegenstände:

Frauen-Volksbegehren (716 d.B.)

Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein  
Bundesverfassungsgesetz, mit dem das B-VG geändert wird (*Gleichheitssatz*) (545/A)

Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend Frauen -  
Erwerbstätigkeit, Kindererziehung, Frauenpensionen (330/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein  
Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von  
1929 geändert wird (*Sicherstellung der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in  
Gesetzgebung, Vollziehung und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes*) (370/A)

Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur  
Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur partnerschaftlichen Gestaltung des  
Pensionsrechts (462/A(E))

Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur  
Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und  
Familie (463/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend eine Berichtslegungspflicht aller Betriebe zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Förderung von Frauen und die Sanktionierung einer Verletzung dieser Pflicht durch Nichtberücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe sowie bei der Vergabe von öffentlichen Förderungen (480/A(E))

Antrag der Abgeordneten Karl Öllinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Karenzgeldgesetz, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Karenzurlaubszuschußgesetz geändert werden (503/A)

Antrag der Abgeordneten Ridi Steibl und Genossen betreffend Unternehmen Haushalt - neue Arbeitsplätze schaffen (509/A(E))

Antrag der Abgeordneten Rosemarie Bauer und Genossen betreffend Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten (*Pensionsbegründung und -bemessung*) (510/A(E))

Antrag der Abgeordneten Edeltraud Gatterer und Genossen betreffend die Neubewertung der Arbeit (*geschlechtsunabhängige Kriterien zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern*) (511/A(E))

Antrag der Abgeordneten Rosemarie Bauer und Genossen betreffend die flexiblere Gestaltung der Karenzzeit (512/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Gertrude Brinek und Genossen betreffend Neuregelung der Pensionsauszahlung bei aufrechter Ehe und anteiliger Pensionsanspruch im Scheidungsfall (518/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend Finanzierung von Ersatzzeiten und Erhöhung des für die Kindererziehung vorgesehenen pensionserhöhenden Betrages (531/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel und Genossen betreffend EU-Richtlinie 96/34/EG zur Umsetzung der von den Europäischen Sozialpartnern abgeschlossenen Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub (532/A(E))  
(Mitglied) am 30.09.1997

Zur Obfrau gewählt in der Unterausschußsitzung am 30.09.1997

Unterausschuß des Gleichbehandlungsausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden (Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben) (146/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (*Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben*) (147/A)

(Mitglied) am 25.10.1996

Zur Obfrau gewählt in der Unterausschußsitzung am 05.12.1996

Gleichbehandlungsausschuß (Mitglied) am 30.05.1996

Zur Obfrau gewählt in der Ausschußsitzung am 25.10.1996

Unterausschuß des Ausschusses für innere Angelegenheiten zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997 - FrG) (685 d.B.)

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997 - AsylG) (686 d.B.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend Novellierung der Fremdenengesetze (5/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 31.07.1992 betreffend die Regelung des Aufenthalts von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 351/1995, geändert wird (*Aufenthaltsbewilligung für Schüler/innen und Studenten/innen*) (17/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 31.07.1992 betreffend die Regelung des Aufenthalts von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 351/1995, geändert wird (*Familienzusammenführung*) (19/A)

Petition betreffend Solidarität mit den Opfern des österreichischen Asylgesetzes (Ausländerberatungsstelle der Stadt Graz, der Caritas, vom Verein ISOP, dem ÖIE, dem Verein Zebra und dem Verein UTR) überreicht von der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits (8/PET)

(Mitglied) am 15.05.1997

Ausschuß für innere Angelegenheiten (Mitglied) am 15.01.1996

Justizausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Unterausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes:

Bundesgesetz, mit dem das Kabel- und Satelliten-Rundfunkgesetz geändert wird (1522 d.B.)

(Mitglied) am 14.12.1998

Dem Unterausschuß wurde am 10.02.1999 noch die Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände übertragen:

Antrag der Abgeordneten Karl Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 100/1997 und die Kundmachung BGBl. I Nr. 50/1998, geändert wird (982/A)

Antrag der Abgeordneten Karl Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 41/1997, geändert wird (983/A)

Antrag der Abgeordneten Karl Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 41/1997, geändert wird (984/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/1999, geändert wird (994/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/1999, geändert wird (995/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend Frequenzplanung und Bewilligung für private Rundfunkveranstalter/innen durch die Regionalradio- und Kabelrundfunkbehörde (997/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 12. Juni 1981, BGBl. Nr. 314, über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz) idF BGBl. I Nr. 105/1997 geändert wird (996/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend Ausdehnung der Sendezeit für Volksgruppen und Migranten/innen (993/A(E))

Verfassungsausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Unterausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein umfassendes Verbot von Atomwaffen im Verfassungsrang (890/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich (989/A)

(Mitglied) am 09.06.1999

Unterausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz und das

Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 geändert werden (323 d.B.)

(Mitglied) am 17.10.1996

Unterausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Volksbegehren "Schilling-Volksabstimmung" (1065 d.B.)

Bürgerinitiative betreffend Wiederholung der EU-Volksabstimmung (12/BI)

(Mitglied) am 28.01.1998

Unterausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes:

Antrag der Abgeordneten Karl Smolle, Andreas Wabl und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger geändert wird (*Volksgruppenschutz*) (826/A)

(Mitglied) am 20.10.1998

Dem Unterausschuß wurde am 10.02.1999 noch die Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände übertragen:

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz idF von 1929 geändert wird (*Staatszielbestimmung zur Achtung, Bewahrung, Förderung und zum Schutz der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Republik Österreich*) (420/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend die rechtliche Umsetzung des Memorandums der österreichischen Volksgruppen 1997 (955/A(E))

Dem Unterausschuß wurde am 08.04.1999 noch die Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes übertragen:

Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Barmüller und Genossen betreffend Aufnahme der steirischen Slowenen in den Volksgruppenbeirat für die slowenische Volksgruppe (403/A(E))

Dem Unterausschuß wurde am 09.06.1999 noch die Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes übertragen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Friedhelm Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Presseförderungsgesetz 1985 und das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 geändert werden (268/A)

Unterausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes:

Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG) (503 d.B.)

(Mitglied) am 04.12.1996

**Gewählt**

Wahl zum Mitglied des Europäischen Parlaments **1** 26–27

Innehabung des Mandats bis 11.11.1996

Wahl Europarat Ersatzmitglied Hlavac (Ersatzmitglied) **162** 244

**Berichterstatter** in der Verhandlung über:

Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 7 des Volksgruppengesetzes über die Volksgruppenförderung im Jahre 1993 (III-7 d.B.) **5** 72

Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 7 des Volksgruppengesetzes über die Volksgruppenförderung im Jahre 1994 (III-6 d.B.) **5** 72

**Redner** in der Verhandlung über:

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (18 d.B.): Europawahlordnung (28 d.B.) und Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (19 d.B.): Europa-Wählerevidenzgesetz (29 d.B.) **5** 19–21

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (3 d.B.): Urheberrechtsgesetz-Novelle 1996 (40 d.B.) **8** 65–67

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (72 d.B. und Zu 72 d.B.): Strukturanpassungsgesetz 1996 (Beratungsgruppe Justiz - Artikel 73 bis 78) (95 d.B.) **16** 271–274

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996 samt Anlagen (Beratungsgruppe Oberste Organe und Bundeskanzleramt/Frauenangelegenheiten) (96 d.B.) und Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (71 d.B. und Zu 71 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997 samt Anlagen (Beratungsgruppe Oberste Organe und Bundeskanzleramt/Frauenangelegenheiten) (97 d.B.) **17** 179–180

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden (Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben) (146/A) **41** 156–157

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (33 d.B.): Strafrechtsänderungsgesetz 1996, über den Antrag 79/A der Abgeordneten Dr. Harald Ofner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975 geändert wird, den Antrag 80/A der Abgeordneten Dr. Liane Höbinger-Lehrer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975 geändert wird, den Antrag 153/A der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Mag. Dr. Maria Theresia Fekter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird, den Antrag 282/A der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Mag. Dr. Maria Theresia Fekter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch geändert werden (409 d.B.), Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (317 d.B.): Strafvollzugsgesetznovelle

1996 (410 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 1/A der Abgeordneten Dr. Willi Fuhrmann und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (452 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 2/A der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (453 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 11/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (454 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 300/A der Abgeordneten Mag. Dr. Maria Theresia Fekter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch 1974 geändert wird (455 d.B.), Bericht des Justizausschusses über die Bürgerinitiative (3/BI) betreffend die rechtliche und soziale Gleichstellung homosexueller Menschen (456 d.B.), Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (253 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz, die Zivilprozeßordnung und die Strafprozeßordnung geändert werden (408 d.B.) und Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (373 d.B.): 4. Novelle zum Bezirksgerichts-Organisationsgesetz für Wien (451 d.B.) **47** 61–63

Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (457 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1996 erlassen und das Unterbringungsgesetz, das Strafgesetzbuch sowie das Sicherheitspolizeigesetz geändert werden (543 d.B.) **52** 206–207

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Wolfgang Großruck und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz geändert wird (301/A) **52** 227–228

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Bericht (III-42 d.B.) der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen (BGBl. Nr. 837/1992) (549 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Ersten Bericht (III-52 d.B.) der Bundesregierung über den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Bundesdienst (Gleichbehandlungsbericht) (548 d.B.) **58** 113–114

Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht (Zu III-58 d.B.) der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 7 des Volksgruppengesetzes über die Volksgruppenförderung im Jahre 1995 (566 d.B.) **63** 125–126

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (*Sicherstellung der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in Gesetzgebung, Vollziehung und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes*) (370/A) **63** 157

Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (685 d.B.): Fremden-Gesetz 1997 und über die Regierungsvorlage (686 d.B.): Asylgesetz 1997 sowie über den Antrag 5/A(E) der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend Novellierung der Fremden-Gesetze und über den Antrag 17/A der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 31.7.1992 betreffend die Regelung des Aufenthalts von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 351/1995, geändert wird, über den Antrag 19/A der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 31.7.1992 betreffend die Regelung des Aufenthalts von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 351/1995, geändert wird, über die Petition (8/PET) betreffend Solidarität mit den Opfern des österreichischen Asylgesetzes, überreicht von der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits (755 d.B. und Zu 755 d.B. (abweichende persönliche Stellungnahme der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits)), Bericht und Antrag des Ausschusses für innere Angelegenheiten

über den Entwurf eines Bundesgesetzes über den unabhängigen Bundesasylsenat (UBASG) (756 d.B.), Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (693 d.B.): Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrags samt Protokoll sowie Protokoll über die Berichtigung des Übereinkommens (757 d.B.), Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über die Regierungsvorlage (689 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert werden (717 d.B.), Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 196/A der Abgeordneten Mag. Herbert Haupt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird (718 d.B.), Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 216/A der Abgeordneten Karl Öllinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeiterkammergesetz 1992 geändert wird (719 d.B.), Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 217/A der Abgeordneten Karl Öllinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (720 d.B.), Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 218/A(E) der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend Schaffung der Möglichkeit der Teilarbeitslosigkeit (721 d.B.) und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 305/A(E) der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend Schaffung einer "ewigen Anwartschaft" in der Arbeitslosenversicherung (722 d.B.) **77** 106–107

Erste Lesung: Frauen-Volksbegehren (716 d.B.) **82** 54–55

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (49 d.B.): Bundesgesetz, mit dem zur Bekämpfung organisierter Kriminalität besondere Ermittlungsmaßnahmen in die Strafprozeßordnung eingeführt sowie das Strafgesetzbuch, das Mediengesetz, das Staatsanwaltschaftsgesetz, das Fernmeldegesetz und das Sicherheitspolizeigesetz geändert werden, den Antrag 81/A der Abgeordneten Dr. Liane Höbinger-Lehrer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975, das Strafgesetzbuch, das Mediengesetz und das Staatsanwaltschaftsgesetz geändert werden (812 d.B.) und Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 4/A(E) der Abgeordneten Dr. Friedhelm Frischenschlager und Genossen betreffend Verankerung von Grundrechten in bezug auf Lauschangriff und Rasterfahndung (786 d.B.) **82** 172–173

Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Sicherheitsbericht (III-82 d.B. und Zu III-82 d.B.) 1995 (772 d.B.) **84** 188–189

Antrag der Abgeordneten Mag. Johann Ewald Stadler und Genossen auf Fristsetzung zur Berichterstattung über den Antrag 355/A der Abgeordneten Mag. Johann Ewald Stadler und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über den Schutz und die Förderung der Familie und die Achtung des Elternrechts (87/GO) **87** 52–53

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (841 d.B. und Zu 841 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998 samt Anlagen

Beratungsgruppe I, Oberste Organe

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Kapitel 06 Rechnungshof (Zu 841 d.B.) und

Beratungsgruppe II

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Kapitel 13 Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71 Bundestheater (Zu 841 d.B.) **96** 26–28

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (841 d.B. und Zu 841 d.B.):  
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998 samt Anlagen

Beratungsgruppe V

Kapitel 30 Justiz (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) (Zu 841 d.B.) **96**  
129–130

Bericht des Landesverteidigungsausschusses über die Regierungsvorlage (915 d.B.):  
Frauenausbildungsverhältnisgesetz und über den Antrag 151/A(E) der Abgeordneten  
Herbert Scheibner und Genossen betreffend die Setzung legistischer und organisatorischer  
Maßnahmen, um Frauen den freiwilligen Dienst im Bundesheer zu ermöglichen (1037 d.B.)  
**104** 45–46

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (883 d.B.):  
Urheberrechtsgesetz-Novelle 1997 (1001 d.B.) **104** 208

Dringliche Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den  
Bundeskanzler betreffend Umsetzung der Forderungen des Gentechnik-, Frauen- und  
Tierschutz-Volksbegehrens (3522/J) **106** 122–123

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über die Regierungsvorlage (842 d.B.):  
Bundesgesetz, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (1047 d.B.) und  
Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 470/A(E) der Abgeordneten  
Dipl.-Ing. Leopold Schögggl und Genossen betreffend Regionalisierung der  
Gleichbehandlungsanwaltschaft (1048 d.B.) **107** 71–72

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Michael Krüger und Genossen an den  
Bundeskanzler betreffend die Frage: "Begünstigt der Bundeskanzler Kinderschänder?"  
(den wegen Kindesmißbrauchs verurteilten ehemaligen Leiter einer Kommune, Otto Mühl)  
(3719/J) **110** 127–128

Erste Lesung: Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr  
1999 (Bundesfinanzgesetz 1999 - BFG 1999) (1100 d.B. und Zu 1100 d.B.) **115** 173–175

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über das Frauen-Volksbegehren (716 d.B.)  
(1113 d.B.), Bericht und Antrag des Gleichbehandlungsausschusses betreffend den  
Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz  
(B-VG) geändert wird (*Gleichstellung von Mann und Frau*) (1114 d.B.), Bericht und Antrag  
des Gleichbehandlungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (1115 d.B.), Bericht und Antrag des  
Gleichbehandlungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Mutterschutzgesetz 1979 und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden (1116  
d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 545/A der  
Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein  
Bundesverfassungsgesetz, mit dem das B-VG geändert wird (*Gleichheitssatz*) (1117 d.B.),  
Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 330/A(E) der Abgeordneten  
Edith Haller und Genossen betreffend Frauen - Erwerbstätigkeit, Kindererziehung,  
Frauenpensionen (1118 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den  
Antrag 370/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein  
Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von  
1929 geändert wird (*Sicherstellung der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in  
Gesetzgebung, Vollziehung und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes*) (1119 d.B.),  
Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 462/A(E) der Abgeordneten  
Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur Umsetzung des  
Frauen-Volksbegehrens zur partnerschaftlichen Gestaltung des Pensionsrechts (1120  
d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 463/A(E) der



Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (1121 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 480/A(E) der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend eine Berichtslegungspflicht aller Betriebe zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Förderung von Frauen und die Sanktionierung einer Verletzung dieser Pflicht durch Nichtberücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe sowie bei der Vergabe von öffentlichen Förderungen (1122 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 503/A der Abgeordneten Karl Öllinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Karenzgeldgesetz, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Karenzurlaubszuschußgesetz geändert werden (1123 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 663/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 1997 geändert wird (1124 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 688/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (1125 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 687/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend Neubewertung der Arbeit (1126 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 739/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (1127 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 724/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von Betriebskindergärten (1128 d.B.) **116** 94–96

Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (1032 d.B.): Bundesgesetz, mit dem integrierten Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird (1193 d.B.), Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Antrag 797/A der Abgeordneten Anton Leikam, Paul Kiss und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997 - FrG), BGBl. I Nr. 75/1997, geändert wird (1213 d.B.), Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Antrag 681/A der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, in der geltenden Fassung, geändert wird (1217 d.B.), Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Antrag 701/A der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, in der geltenden Fassung, geändert wird (1212 d.B.) und Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Antrag 702/A der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Asylgesetz 1997 geändert wird (1214 d.B.) **129** 165–166

Aktuelle Stunde zum Thema "Gleiche Chancen den Frauen in Europa" (29/AS) **133** 18–20

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend Abschiebung von Kosovo-Albanern (4676/J) **135** 116–118

Bericht des Verfassungsausschusses über den Einundzwanzigster Bericht (III-125 d.B.) der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 1997) (1393 d.B.) **138** 151–153

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 854/A der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Dr. Andreas Khol und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 geändert wird, und über den Antrag 775/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das

Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, BGBl. Nr. 57, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 339/1993, geändert wird (1394 d.B.), Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 853/A der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Dr. Andreas Khol und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Volksbegehrengesetz 1973 geändert wird, und den Antrag 429/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Volksbegehrengesetz 1973 geändert wird (1395 d.B.), Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 856/A der Abgeordneten Dr. Andreas Khol, Dr. Peter Kostelka und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert wird (1396 d.B.) und Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 852/A der Abgeordneten Dr. Andreas Khol, Dr. Peter Kostelka und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Europawahlordnung geändert wird (1397 d.B.) **139** 82–85

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander Van der Bellen und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Überwachungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden *(im Zusammenhang mit der mißbräuchlichen Weitergabe personenbezogener Daten durch Beamte des Bundesministeriums für Inneres)* (5225/J) **149** 135–137

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen auf Fristsetzung zur Berichterstattung über den Antrag 146/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden *(Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben)*, und über den Antrag 147/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird *(Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben)* (178/GO) **152** 111–112

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Österreichs EU-Präsidentschaft und den Europäischen Rat vom 11. und 12. Dezember 1998 in Wien (5344/J) **154** 117–118

Aktuelle Stunde zum Thema "Umsetzung des Frauenvolksbegehrens - Verbesserung der Karenzmöglichkeiten" (37/AS) **156** 35–36

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (1581 d.B.): Strafprozeßnovelle 1999 (1615 d.B.), Bericht und Antrag des Justizausschusses betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz geändert wird (1616 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 286/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend die Änderung des Jugendgerichtsgesetzes, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994 (1617 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 298/A der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994, geändert wird (JGG) (1618 d.B.), Bericht des Justizausschusses über den Antrag 698/A der Abgeordneten Dr. Harald Ofner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975 und die Exekutionsordnung zur Verbesserung der Rechtsstellung von Opfern geändert werden (1626 d.B.) und Bericht des Justizausschusses über den Antrag 860/A(E) der Abgeordneten Mag. Karl Schweitzer und Genossen betreffend wirksame Maßnahmen gegen Kindesmißbrauch und Kinderpornographie (1627 d.B.) **161** 187–188

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Gemeinsamen Bericht (III-168 d.B.) über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes 1997, vorgelegt von der

Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz und von der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales (1604 d.B.) **161** 210–211

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Maria Schaffenrath, Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 geändert wird (979/A) **161** 228–229

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (1553 d.B.): Übereinkommen auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften samt Erklärung der Republik Österreich gemäß Artikel 7 Abs. 2; Protokoll auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften samt Erklärung der Republik Österreich gemäß Artikel 6 Abs. 2; Protokoll auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung samt Erklärung der Republik Österreich gemäß Artikel 2 (1677 d.B.) und Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (1526 d.B.): Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr samt Anhang (1678 d.B.) **162** 181–183

Erklärungen des Bundeskanzlers Mag. Viktor Klima und des Vizekanzlers und Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel zu den Ergebnissen des außerordentlichen Europäischen Rates von Berlin und zum Kosovo (26/RGER) **165** 86–87

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert wird (751/A), Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Karenzgeldgesetz geändert wird (752/A), Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Karenzgeldgesetz geändert wird (753/A), Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (754/A) und Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (755/A) **166** 140–142

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Ablegung eines Offenbarungseides über den sicherheitspolitischen Status Österreichs (6412/J) **174** 140–141

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über die Regierungsvorlage (1831 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten (UOG 1993), das Universitäts-Organisationsgesetz, das Kunsthochschul-Organisationsgesetz, das Akademie-Organisationsgesetz 1988, das Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert werden (1915 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 906/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend Maßnahmen zur Erleichterung der Väterkarenz (1916 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 951/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz 1989 geändert werden (1917 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 920/A(E) der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend geschlechtergerechten

Sprachgebrauch in Verordnungen (1918 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 1039/A der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktservicegesetz 1994 geändert wird (1919 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 716/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das B-VG geändert wird (1920 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 146/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden (*Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben*) (1921 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 147/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (1922 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Zweiter Bericht (III-179 d.B.) der Bundesregierung über den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Bundesdienst (Gleichbehandlungsbericht) gemäß § 53 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz; Berichtszeitraum: 1. Jänner 1996 bis 1. Juli 1997 (1814 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 959/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend Gründer/innenoffensive (1815 d.B.) **176** 182–183

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen an den Bundeskanzler betreffend das Versprechen des Bundeskanzlers, er werde sich dafür einsetzen, daß das Frauen-Volksbegehren "Punkt für Punkt umgesetzt wird" (Der Standard, 21.05.1997) (6543/J) **178** 43–44

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1897 d.B.): Bundesarchivgesetz (2030 d.B.) **179** 165

#### **Tatsächliche Berichtigung** in der Verhandlung über:

Dringlicher Antrag der Abgeordneten Mag. Johann Ewald Stadler und Genossen betreffend Harmonisierung der Pensionssysteme (628/A(E)) **95** 110

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert wird (751/A), Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Karenzgeldgesetz geändert wird (752/A), Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Karenzgeldgesetz geändert wird (753/A), Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (754/A) und Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (755/A) **166** 147–148

#### Selbständige **Anträge** betreffend

ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird (*"tatsächliche" Gleichstellung von Frauen und Männern*) (497/A)

Nationalrat

Einbringung **78** 7

Zuweisung an den Verfassungsausschuß **79** 3

Finanzierung von Ersatzzeiten und Erhöhung des für die Kindererziehung vorgesehenen

pensionserhöhenden Betrages (531/A(E))

Nationalrat

Einbringung **82** 10

Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **83** 34

Zurückziehung am 01.04.1998

Mitteilung der Zurückziehung (Zu 531/A(E)) **115** 60

den Ausschluß von Betrieben, die gegen das Gleichbehandlungsgebot nach § 2 Bundesgesetz über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben BGBl. Nr. 108/1979 idF BGBl. Nr. 833/1992 verstoßen haben (*von der Teilnahme an Vergabeverfahren*) (749/A(E))

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **117** 2

Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes (750/A(E))

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **117** 2

ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert wird (751/A)

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Erste Lesung **166** 139–173

Zuweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales **166** 173

ein Bundesgesetz, mit dem das Karenzgeldgesetz geändert wird (752/A)

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Erste Lesung **166** 140–173

Zuweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales **166** 173

ein Bundesgesetz, mit dem das Karenzgeldgesetz geändert wird (753/A)

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Erste Lesung **166** 140–173

Zuweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales **166** 173

ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (754/A)

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Erste Lesung **166** 140–173

Zuweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales **166** 173

ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (755/A)

Nationalrat

Einbringung **116** 10

Erste Lesung **166** 140–173

Zuweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales **166** 173

### **Schriftliche Anfragen** betreffend

Vollziehung des Unterhaltsvorschußgesetzes 1985 (*unter Anwendung des § 3 Staatsbürgerschaftsgesetz*) (390/J 16.04.1996)

Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek (397/AB 10.06.1996)

Behandlungsdefizite bei Herzinfarkt-Patientinnen (563/J 07.05.1996)

Beantwortet von Bundesministerin Dr. Christa Krammer (589/AB 05.07.1996)

die geplanten Vorhaben des Vereines "Freie Exekutivgewerkschaft Österreichs" (4496/J 28.05.1998)

Beantwortet von Bundesminister Mag. Karl Schlögl (4154/AB 15.07.1998)

Frauenförderungsplan des Rechnungshofes (4787/J 17.07.1998)

Beantwortet vom Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Franz Fiedler (4365/AB 03.09.1998)

EU-Initiativen für den Sudan (4860/J 17.09.1998)

Beantwortet von Bundesminister Dr. Wolfgang Schüssel (4554/AB 10.11.1998)

Verlangen auf Durchführung einer kurzen Debatte darüber **152** 35

Debatte **152** 98–109

die Ernennung des Direktors an der HTBLVA (*Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt*) Spengergasse 20, 1050 Wien (6666/J 16.07.1999)

Beantwortet von Bundesministerin Elisabeth Gehrer (6204/AB 19.08.1999)

die finanzielle Beteiligung Österreichs am ECCE (*European Child Care and Education Study*) -Projekt der Europäischen Kommission (*Längsschnittstudie betreffend Erziehung und Betreuung von Kindern ab Eintritt in den Kindergarten bis zur zweiten Volksschulklasse*) (6544/J 08.07.1999)

Beantwortet von Bundesminister Dr. Martin Bartenstein (6285/AB 08.09.1999)

die Ernennung von Frauen zu Direktorinnen in öffentlichen Mittleren und Höheren Schulen (6667/J 16.07.1999)

Beantwortet von Bundesministerin Elisabeth Gehrer (6372/AB 16.09.1999)

### **Mündliche Anfragen** betreffend

den Europäischen Rat in Florenz und Fortschritte für die Europäische Integration (11/M) **32** 18

Beantwortet von Bundeskanzler Dkfm. Dr. Franz Vranitzky **32** 18–20

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ)

an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz Mag. Barbara Prammer

Was werden Sie tun, um in österreichischen Unternehmen die betriebliche Frauenförderung, die im Vergleich beispielsweise zu den USA und Schweden noch in den

Kinderschuh steckt, zu forcieren? (196/M)  
Zurückziehung am 07.05.1998

**Zusatzfragen** zu den mündlichen Anfragen der Abgeordneten

Dr. Walter Schwimmer betreffend Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU (3/M) **25** 20  
Beantwortet von Bundesminister Dr. Wolfgang Schüssel

Mag. Terezija Stoisits betreffend Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes (83/M) **53**  
24  
Beantwortet von Bundesminister Dr. Caspar Einem

Dr. Martina Gredler betreffend Rechte des Europäischen Parlaments (127/M) **75** 16  
Beantwortet von Bundesminister Dr. Wolfgang Schüssel

Dr. Helene Partik-Pablé betreffend aufschiebende Wirkung von Beschwerden an den  
Verwaltungsgerichtshof in Abschiebungsfällen (158/M) **90** 11  
Beantwortet von Bundesminister Mag. Karl Schlögl

Rosemarie Bauer betreffend geplante Maßnahmen im Bereich des Familien- und  
Scheidungsrechts (174/M) **105** 31  
Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek

Dr. Helene Partik-Pablé betreffend Aufhebung negativer erstinstanzlicher Bescheide durch  
die jüngsten Entscheidungen des unabhängigen Bundesasylsenates, Kosovo-Flüchtlingen  
in Österreich Asyl zu gewähren (259/M) **166** 17  
Beantwortet von Bundesminister Mag. Karl Schlögl

Mag. Dr. Maria Theresia Fekter betreffend pensionsrechtliche Absicherung geschiedener  
Ehegatten (262/M) **180** 14  
Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek

**Zur Geschäftsbehandlung**

Antrag auf Vornahme der ersten Lesung des Frauen-Volksbegehrens (716 d.B.) (73/GO) **76**  
17  
Annahme des Antrages auf erste Lesung **76** 17